

**Hiski Haukkala,
Arkady Moshes:**

Beyond „Big Bang“

The Challenges of the EU's Neighbourhood Policy in the East

FIIA Report, 9/2004

<http://www.upi-fia.fi/navigointi/upiframeset.htm>

Hiski Haukkala und Arkady Moshes vom Finnish Institute of International Affairs analysieren die Nachbarschaftspolitik der Europäischen Union nach der letzten großen Erweiterung. Am ersten Mai 2004 hat die Union mit Belarus und der Ukraine neue östliche Nachbarstaaten bekommen. Wenn Rumänien der Union beitrifft, wird auch Moldawien an die Union grenzen. Die EU begann schon im Jahr 2001 mit Ansätzen zu einer einheitlichen Nachbarschaftspolitik, aber erst 2003 begann man ernsthaft, an den Nachbarschaftsprogrammen zu arbeiten. Der Zweck der neuen Nachbarschaftspolitik ist es, die vier Freiheiten und eine „loose community“ zwischen der Union und den umliegenden europäischen Staaten aufzubauen.

Die finnischsprachige Studie mit einer englischen Zusammenfassung konzentriert sich auf Belarus, die Ukraine und Moldawien. Mit allen drei Staaten hat die EU Partnerschafts- und Kooperationsabkommen, die noch keine Optionen für den Beitritt beinhalten.

Die Union habe, so die Autoren, die östlichen Nachbarstaaten nicht ernst genug genommen. Die neuen Mitgliedstaaten schafften es nicht, die Probleme aus eigener Kraft zu lösen, und so ist es nicht unwahrscheinlich, dass eine Initiative von der Union in diese Richtung ausgehen wird. Für diese drei Länder müsse die EU auch eine den jeweiligen Gegebenheiten angepasste Politik betreiben. Die Tiefe der Zusammenarbeit wird wahrscheinlich von den individuellen Zielen der Nachbarstaaten abhängen.

Die Armut in Moldawien fördere die wachsende internationale Kriminalität. Der Staat selbst ist zu schwach, um den Lebensstandard nachhaltig heben zu können. Eine Zusammenarbeit dieses Landes mit der EU würde den größten Nutzen bringen. Auch der Konflikt in Transnistrien harrt einer Lösung.

Belarus' große Herausforderungen seien das demokratische Defizit, das autoritäre Regime und die Korruption. Deshalb muss die Europäische Union ihre Politik verändern, wenn sie größeren Einfluss in Belarus gewinnen möchte. Die bisherige Balance zwischen Angeboten und Anforderungen sei nicht ausgewogen genug gewesen.

Die Ukraine hat immer noch Schwierigkeiten mit Marktwirtschaft und Demokratie. Die Union solle hier überlegen, was für einen Nachbarn sie in Gestalt der Ukraine haben will. Zur Förderung demokratischer Strukturen müsste sie eine Strategie entwickeln, um mit der oligarchischen Struktur der Ukraine kooperieren zu können.

Die große Herausforderung für die EU sei es, eine Vorgangsweise zu finden, bei der Russland sich in seinen Interessen nicht bedroht fühlen wird. Auch die USA haben Interessen, die nicht immer deckungsgleich mit denen der Union sind. Die Europaorientierung der angesprochenen Länder ist nicht verlässlich, und die Union sollte diese mit neuen wirtschaftlichen Möglichkeiten sichern, im Gegenzug aber höhere Ansprüche stellen. Die Union bräuchte eine stabile Entwicklung in diesen Ländern. Für die EU wäre es nützlich, die demokratische Entwicklung in diesen Ländern zu fördern, um Chaos oder Konflikten wie am Balkan vorzubeugen.

Es seien noch viele Probleme zu lösen, besonders in den Bereichen Demokratie, Kriminalität und innere Konflikte, bevor diesen Staaten die vier Freiheiten der EU zugestanden werden können. Im Schlussteil dieser Studie stellen Haukkala und Moshes noch Überlegungen zu einem festen Zeitplan und zur Formulierung von Zielen der Nachbarschaftspolitik an.

Die beiden Autoren präsentieren in ihrer Analyse eine sehr realistische Einschätzung der politischen Lage und der Missstände in drei Nachbarstaaten der Union. Mit sehr viel Pessimismus werden die anzustrebenden politischen und wirtschaftlichen Reformen beurteilt, jedoch kann die Zukunft der drei Staaten nur in einem stabilen Europa auf Dauer gesichert werden.

Jasmin Etelämäki